

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: 886846 pbbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Cornelia Sonntag MdB zur
Blockade-Haltung der Union
gegen Herta Däubler-Gmelin;
Einwände ohne Substanz.

Seite 1

Gerda-Maria Haas MdL zum
Erfordernis, die Prioritäten bei
der Forschung zu ändern: Die
Frau aus dem medizinischen
Schatten-Dasein holen.

Seite 2

Dokumentation

Der niedersächsische Mini-
sterpräsident Gerhard Schröder
hielt in der Hebrew Univer-
sity zu Jerusalem einen Vor-
trag: Wir kämpfen darum, nicht
zu vergessen. Auszüge

Seite 3

48. Jahrgang / 61

30. März 1993

Einwände ohne Substanz

Zur Blockade-Haltung der Union gegen Herta Däubler-Gmelin

Von Cornelia Sonntag MdB
Sprecherin des SPD-Parteivorstandes

Die CDU/CSU ist gut beraten, ihre Blockadehaltung gegen die von der SPD nominierte Kandidatin für die Nachfolge von Ernst Gottfried Mahrenholz, die stellvertretende Partei- und Fraktionsvorsitzende Herta Däubler-Gmelin, unverzüglich zu beenden. Es gehört zu den seit langem praktizierten Regeln, daß für die Positionen beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe abwechselnd eine der beiden großen Parteien das Vorschlagsrecht hat.

Man mag daran generell Kritik üben, jedoch: Die Union hat dieses Prinzip bisher nicht ernsthaft in Frage gestellt. Die Proteste gegen die Berufung Herta Däubler-Gmelins schaden der Institution Bundesverfassungsgericht, ihren jetzigen und künftigen Richterinnen und Richtern. Es fällt zudem auf, daß der Widerspruch aus der CDU/CSU-Fraktion, insbesondere ihres Vorsitzenden Wolfgang Schäuble, sich nicht an der vorgeschlagenen Person entzündet, sondern am vorausgegangenen Verfahren der Kandidatenfindung. Aber selbst wenn dabei Fehler oder Ungeschicklichkeiten geschehen sind, rechtfertigt das keinesfalls die Kampagne gegen Frau Däubler-Gmelin. Außerdem kann es ja wohl nicht angehen, daß formale Einwände inhaltliche Erwägungen überlagern!

Niemand zieht im übrigen Eignung und Fähigkeiten dieser Kandidatin in Zweifel. Daß eine weitere Frau in das überwiegend mit Männern besetzte Bundesverfassungsgericht einziehen soll, ist nicht nur ein wichtiger Fortschritt auf dem Weg zur wirklichen Gleichstellung der Frauen, die die Lebensumstände und die Lebenswirklichkeit unserer gesamten Gesellschaft berühren. Die CDU/CSU wird dies eingestehen müssen, auch wenn es ihr Schwierigkeiten macht.

Bleibt das Argument, Frau Däubler-Gmelin sei eine zu exponierte Parteipolitikerin, die sich auch in der Richterrobe nicht aus ihrem Engagement, ihrer "Parteilichkeit" lösen könne. Auch dieser Einwand verschlägt nicht und wird nur vorgeschoben. Auch Ernst Benda und Roman Herzog waren, bevor sie ans Bundesverfassungsgericht berufen wurden, aktive Politiker, beide im Dienste der CDU.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kemal/Özgen/Leipziger
mit wertvoller Rückmeldung
Recycling-Papier



Ernst Benda galt als streitbarer, durchaus ideologisch eingeschworener Mann, der sich als Abgeordneter, später als parlamentarischer Staatssekretär und dann als Bundesinnenminister, vor allem in der Debatte um die Notstandsgesetze profilierte.

Roman Herzog wurde als "knallharter CDU-Politiker" eingestuft, bevor er als Richter nach Karlsruhe ging. Mit besonderem Nachdruck setzte er sich als baden-württembergischer Innenminister beispielsweise dafür ein, daß seine Polizei als eine der ersten mit CS-Gas ausgerüstet wurde. Die "Stuttgarter Zeitung" titulierte ihn als "Schreckfigur aller deutscher Demonstranten", weil er nicht nur harte Methoden der Sicherheitskräfte anordnete, sondern auch von Teilnehmern an Sitzblockaden fürs Wegtragen Gebühren "pro Polizist und jede angefangene Stunde Stunde" erhob. Mit der baden-württembergischen Daten-Schutzbeauftragten Ruth Leuze lag er im Dauerclinch.

Beide Kandidaten waren in den Monaten vor ihrer Berufung keineswegs unumstritten. Um Ernst Benda gab es 1981 ein monatelanges, zähes Kandidatengerangel. Auch das also ist keineswegs neu, hat aber letztlich die Berufung des Vorgeschlagenen nicht verhindert. Und beide haben in ihrer Amtsführung ein hohes Maß an Unabhängigkeit und politischer Zurückhaltung an den Tag gelegt.

Daß die CDU ernstlich mit dem Argument daherkommt, Herta Däubler-Gmelin werde auch im neuen Amt ihr "Parteikostüm" nicht ablegen können, legt nur zwei Vermutungen nahe: Entweder trauen die Unionspolitiker einer Frau die Fähigkeit zur sauberen Trennung der beiden Ämter und Rollen nicht zu - was abstrus wäre - oder es geht ihnen gar nicht um die Person. Es geht ihnen vielmehr um eine Angriffslinie gegen die SPD.

Die Sozialdemokraten stehen zu Ihrem Vorschlag. Herta Däubler-Gmelin ist eine hochqualifizierte Juristin. Sie wird beim Bundesverfassungsgericht hervorragende Arbeit leisten.

(-/30. März 1993/rs/ks)

Die Frau aus dem medizinischen Schatten-Dasein holen **Zum Erfordernis, die Prioritäten bei der Forschung zu ändern**

Von Gerda-Maria Haas MdL
Gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Fördermittel für medizinische Forschungsvorhaben sollen künftig nur noch dann zur Verfügung gestellt werden, wenn im Rahmen der Untersuchungen gewährleistet ist, daß Frauen ihrem Anteil an der untersuchten Population entsprechend einbezogen werden. Diese Forderung habe ich erhoben, weil bisher die meisten großen Studien zum Problem der Herz-Kreislauf-Erkrankungen ausschließlich an Männern durchgeführt worden sind - in den USA an mehreren hunderttausend und in der Bundesrepublik Deutschland an 70.000 Männern.

Eine Folge: Es ist zum Beispiel nicht erforscht, ob Medikamente bei Frauen wegen des unterschiedlichen Hormonhaushalts ebenso und in gleicher Dosis wirken wie bei Männern. Auch gibt es kaum Daten über geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Häufigkeit und beim Verlauf bestimmter Krankheiten.

Es ist erforderlich, verstärkt nach den Ursachen zu forschen. Etwa auch dafür, daß zum Beispiel Frauen von Herzinfarkten heute noch auffällig geringer, von Schlaganfällen jedoch erheblich stärker betroffen sind als Männer.

Beim Bundesgesundheitsamt sollte eine Spezialabteilung Frauen und Gesundheit eingerichtet werden und in den Ethik-Kommissionen der Medizinischen Fakultäten zur Begutachtung medizinischer Forschungsvorhaben wenigstens eine Frau vertreten sein. Diese Einbeziehung der Frauen in die

Forschung kostet keine Mark mehr. Vielfach müßten die Mittel lediglich umgeschichtet werden - so beispielsweise auch für Untersuchungen über Entstehungszusammenhänge von Schlaganfall und Alzheimer'scher Krankheit, von denen Frauen in besonderem Maße betroffen sind, und für Krebs, Osteoporose sowie verwandte Erkrankungen. Fördermittel für solche Untersuchungen halte ich für besonders wichtig.

Die Frau muß aus dem Schattendasein heraus, das sie über lange Jahre in vielen Fächern der Medizin gefristet hat. Es muß Schluß damit sein, daß Milliardenbeträge für medizinische Forschung als reine Männersache ausgegeben werden. Diese Forderungen sind weder radikalfeministisch noch quotenbedingt, sie sind schlichtweg humanitär und auch volkswirtschaftlich begründet.

(-/30. März 1993/rs/ks)

DOKUMENTATION

Gerhard Schröder: Wir kämpfen darum, nicht zu vergessen

Über "Schwierigkeiten im Umgang mit Minderheiten. Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland" sprach der niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder am 28. März in der Hebrew University zu Jerusalem. Wir veröffentlichen Auszüge aus seiner Rede.

(...)

Lassen Sie mich mit den Fakten beginnen: Es gab im letzten Jahr in Deutschland ein Welle rechten Terrors, wie ihn die Bundesrepublik bisher nicht erlebt hat. 17 Menschen wurden von Rechtsextremisten ermordet. 17 Menschen, deren Leben wir nicht schützen konnten. Ihr Tod ist das Versagen der deutschen Politik. Es hätten leicht noch mehr Tote sein können. Die Zahl der Brandanschläge auf Häuser von Ausländern ging in die Hunderte. Die Parole der Täter hieß: "Deutschland den Deutschen - Ausländer raus." Und sie fand Zustimmung. Vielleicht haben Sie die Bilder aus Rostock gesehen. Dort hatten Neonazis einen Angriff auf ein Ausländerheim organisiert. Jugendliche steckten das Haus in Brand, ohne daß die Polizei eingriff. Und zahlreiche Nachbarn standen dabei und klatschten Beifall.

Die jüdischen Gemeinden berichten, daß sie zunehmend - und zunehmend offen - bedroht werden. Auf jüdischen Friedhöfen werden Grabsteine umgestürzt. Und schließlich erhielten die rechtsradikalen Republikaner bei einer Wahl Anfang dieses Monats im Bundesland Hessen acht Prozent der Stimmen. All das ist Wirklichkeit im wiedervereinten Deutschland, und nichts daran ist zu verharmlosen. Aber: Es ist nur die eine Seite der Wirklichkeit. Lassen Sie mich auch die andere kurz darstellen.

Als am 14. November im norddeutschen Mölln drei Türkinnen bei einem Brandanschlag von Rechtsextremisten starben, wirkte das wie ein Schock in Deutschland. Als erste gingen Jugendliche spontan auf die Straße. Ganze Schulen und in manchen Städten alle Schulen gemeinsam demonstrierten gegen Fremdenhaß und Gewalt. Nach dem Vorbild der Münchner Demonstration gab es Protestaktionen in fast allen großen Städten, und bei kaum einer wurden weniger als 100.000 Teilnehmer gezählt. Ich behaupte: Es gab seit der Gründung der Bundesrepublik keine politische Bewegung, die von so vielen Menschen aktiv getragen wurde, wie diese Aktionen gegen Fremdenhaß und Gewalt. Es gab kaum eine Musikgruppe, die nicht auf Solidaritätskonzerten auftrat. Die gesamte Fußball-Bundesliga spielte einen Tag lang in Trikots mit der Aufschrift "Mein Freund ist Ausländer". Die Fernsehanstalten produzierten Spots, die Zeitungen Aufkleber. Große Industriebetriebe verkündeten, jeden zu verlassen, der im Betrieb gegen Ausländer hetzt. Nachbarn organisierten Schutzwachen für Ausländerheime. Der Innenminister, dessen Polizei das Pogrom von Rostock nicht verhindert hatte, wurde entlassen. Die Stimmung ist umgeschlagen.

Diese jüngste Entwicklung erleichtert uns. Aber sie darf uns nicht beruhigen. Und ich bitte auch Sie, sich von niemandem einreden zu lassen, der Rechtsextremismus in Deutschland sei eine unbedeutende Randerscheinung. Insistieren Sie! Kein Volk hat ein solch fundiertes Recht, sich in dieser Frage in die inneren Angelegenheiten Deutschlands einzumischen, wie das Ihre. Ihre Sensibilität hilft schließlich auch uns. Denn Sie verhindert, daß wir Deutschen uns im Alltagstrott an das gewöhnen, an das wir uns nie mehr gewöhnen dürfen.

Der Rechtsextremismus ist keine unbedeutende Randerscheinung. Die Frage ist nur, ob und wie wir mit ihm fertig werden. Um Ihnen ein Urteil zu erleichtern, muß ich dazu nun einige Hintergründe erläutern. Der erste Punkt ist die sogenannte "Asyldebatte" in Deutschland. Dazu müssen Sie zweierlei wissen: Zum einen hat die Bundesrepublik aus der Erfahrung des Hitler-Faschismus ein sehr weitgehendes Asylrecht in Ihre Verfassung geschrieben. Wer immer irgendwo in der Welt politisch verfolgt wird, hat das Recht, zu uns zu kommen und - wenn er wirklich verfolgt ist - bei uns zu bleiben.

Zum anderen kennt die Bundesrepublik bis heute kein Einwanderungsrecht. Das deutsche Recht behandelt Ausländer, die nicht aus der Europäischen Gemeinschaft kommen, als vorübergehend geduldete Gäste - auch wenn sie jahrelang bei uns leben und arbeiten. Für Menschen aus der Dritten Welt sind die Chancen, eine Aufenthaltsgenehmigung zu bekommen, fast null. Für die gibt es nur einen legalen Weg, nach Deutschland zu kommen: Sie müssen behaupten, sie würden in Ihrer Heimat politisch verfolgt, und müssen einen Asylantrag stellen.

Diesen Weg haben, seit der Eiserner Vorhang gefallen ist, Hunderttausende von Menschen aus Osteuropa gewählt. Vor allem Kriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien sowie Armutsfüchtlinge aus Rumänien und Bulgarien. Im letzten Jahr wurden fast 500.000 Asylanträge in Deutschland gestellt. Verglichen mit den Menschen, die nach Israel einwandern, mag Ihnen diese Zahl lächerlich erscheinen. Immerhin hat die Bundesrepublik sechzehnmal so viele Einwohner wie Ihr Land. Aber unsere Gemeinden und unser Sozialsystem waren auf diese Zahl nicht eingestellt.

Asylsuchende als Ersatz-Schuldige

Das hätte man sicher ändern können. Aber statt dies Problem rational zu diskutieren, wurde damit Parteipolitik gemacht. Der sogenannte "Asylmißbrauch" wurde in den Mittelpunkt von Wahlkämpfen gestellt. Der Bundeskanzler sprach gar von einem drohenden "Staatsnotstand", falls meine Partei, die SPD, einer Verfassungsänderung zur faktischen Abschaffung des Asylrechts nicht zustimme. Das Fatale an dieser Debatte war, daß sie in einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit und einer - für unsere Verhältnisse - dramatischen Wohnungsnot geführt wurde. Für einfache Gemüter verbanden sich beide Fragen zu der einfachen Antwort: "Die Asylbewerber nehmen uns die Wohnungen und Arbeitsplätze weg." Und manch ein Politiker bestärkte dieses gefährliche Fehlurteil bewußt, um von den eigenen Fehlern nicht reden zu müssen.

Ich denke, wir haben es hier mit einem Mechanismus zu tun, der seit Jahrhunderten bekannt ist: Wo Not und Ungerechtigkeit herrschen, da brechen Konflikte auf. Wo die Verursacher der Not und der Ungerechtigkeit zu stark sind, als daß man sie angreifen könnte, da werden Ersatzschuldige gesucht. Diese Ersatzschuldigen sind austauschbar. Unter diesem Mechanismus hat Ihr Volk mehr gelitten als jedes andere in der Welt. Denn über Jahrhunderte waren es in Europa die Juden, die als Sündenböcke für Konflikte aller Art herhalten mußten. In Deutschland waren es diesmal die Ausländer. Lassen Sie mich auch dazu kurz in die deutsche Innenpolitik abschweifen. Unsere sozialen Konflikte verschärften sich mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Es hat sich herausgestellt, daß die Wirtschaft im Osten faktisch bankrott war. Etwa drei Viertel aller Beschäftigten der Industrie wurden dort entlassen. Die extrem hohe Arbeitslosigkeit wirkt wie ein Schock in Ostdeutschland, das Arbeitslosigkeit 40 Jahre lang überhaupt nicht gekannt hat.

In Westdeutschland sinken die Realkommen zum ersten Mal seit dem Krieg. Denn der Aufbau im Osten verlangt riesige finanzielle Hilfen. Diese Hilfe solidarisch zu leisten, gab es eine große Bereitschaft in der Bevölkerung. Aber die Politik hat nicht gewagt, Entscheidungen zu treffen. Sie hat die wahren Kosten lange verschwiegen und falsche Hoffnungen geweckt. Und zuletzt hat die Bundesregierung auch noch versucht, das erforderliche Geld ausgerechnet bei den Ärmsten einzusparen. Dies ist der Hintergrund, auf dem Menschen in Deutschland nach Sündenböcken suchen. Solange

die soziale Spaltung in Deutschland nicht überwunden ist, solange werden die Rechtsextremisten mit ihrer Minderheitenhetze Gehör finden.

Dies ist auch der Hintergrund, auf dem sich Jugendliche die rechten Verbrecher zum Vorbild nehmen. Nach der Vereinigung hat man die meisten Jugendeinrichtungen in Ostdeutschland geschlossen, man hat ihre Vereine aufgelöst, und viele stehen heute schlicht auf der Straße, ohne Arbeit, ohne soziale Einbindung, ohne Perspektive. Die Geborgenheit und die Anerkennung, die wir ihnen verweigern, suchen sie sich nun in brutalen Männerbänden. Sie werfen Molotow-Cocktails, 14jährige Kinder. Und ich weigere mich dennoch, sie als Faschisten zu bezeichnen. Ihre Nazi-Parolen sind in Wirklichkeit Hilfeschreie an uns. Diese Kinder werden wir mit Strafen und Aufklärung allein nicht zurückgewinnen. Sie brauchen Zuwendung. Und eine Zukunft.

Für mich heißt das: Das entscheidende Instrument gegen den Rechtsextremismus ist eine gerechte Sozialpolitik. Wir sind da in den letzten Wochen ein gutes Stück weitergekommen. Regierung und Opposition haben die quälenden Debatten um Asylrecht und um die Kosten der Einheit beendet und sich in beiden Fragen auf ein gemeinsames, soziales Handeln verständigt. Aber das kann nur ein Anfang sein. Wir brauchen in Deutschland endlich eine Ausländerpolitik, die des 20. Jahrhunderts würdig ist. Wir wollen Gleichberechtigung für alle Menschen, die dauerhaft in Deutschland leben - egal woher sie kommen. In dieser Frage streiten wir uns noch mit den Konservativen. Aber wir arbeiten daran. Wir wollen diese Gleichberechtigung, weil sie auch das Bewußtsein prägt: Solange es in Deutschland Menschen minderen Rechtes gibt, solange wird es auch Leute geben, die sie für Menschen minderen Wertes halten.

Lassen Sie mich zum dritten Komplex kommen, den rechtsradikalen Parteien, die in Deutschland in einigen Landesparlamenten und zahlreichen Gemeinderäten sitzen. Sie heißen Republikaner, Deutsche Volkunion und NPD und sind Ewiggestrige, deren einzige Kraft in unseren Fehlern liegt.

Die Vergangenheit ist uns gegenwärtig

Ich sage Ihnen offen: Diese Parteien sind nicht die Ursache meiner Sorgen. Wir haben sie seit dreißig Jahren, sie bewegen sich zwischen Null und acht Prozent auf und ab. Eine politische Bewegung haben sie nie dargestellt. Es sind in sich zerstrittene, politikunfähige Gruppierungen. Die Fraktion der Republikaner im Europaparlament etwa macht dort nur mit internem Streit von sich reden: Inzwischen besteht sie nur noch aus einem einzigen Mann, ihrem Vorsitzenden Schönhuber.

Diese rechten Parteien haben keinen nennenswerten Wählerstamm. Ihre Wahlergebnisse liegen deutlich niedriger als die der rechten Parteien etwa in Italien, Frankreich oder Österreich. Sie erhalten Stimmen von Menschen, die von den demokratischen Parteien enttäuscht sind - aus den Gründen, die ich vorher benannt habe. Sorgen bereiten müssen also nicht ihre Stimmen, sondern unsere Politik.

Glauben Sie bitte nicht, ich wolle dies Problem verharmlosen. Ich weiß, wovon ich rede. Die Mitglieder meiner Partei, der SPD, sind von den Nazis verfolgt worden wie Ihre Vorfahren. Das Bundesland Niedersachsen, dessen Regierung ich leite, ist gebrandmarkt vom Hitler-Faschismus. In Niedersachsen liegt das KZ Bergen-Belsen, in dem die Nazis 100.000 Menschen ermordeten, unter ihnen die 16jährige Anne Frank, deren Namen durch ihr Tagebuch berühmt wurde. In Niedersachsen liegt das KZ Esterwege, in dem die Nazis den Friedensnobelpreisträger Carl von Ossietzky zu Tode quälten.

Diese Lager und diese Menschen sind bis heute gegenwärtig. Wir haben dafür gesorgt, daß Bergen-Belsen zu einem wirklichen Mahnmal ausgebaut wurde. Nach Carl von Ossietzky hat sich eine der jungen Universitäten unseres Landes benannt, die sich besonders der Friedensforschung verschrieben hat. In unserer Hauptstadt Hannover arbeitet eine Privatinitiative derzeit an einem Denkmal, das vor dem Opernhaus aufgestellt werden soll. Es wird die Namen sämtlicher Juden der Stadt tragen, die von den Nazis ermordet wurden.

Wir kämpfen darum, nicht zu vergessen. Denn wir wissen: Mit jedem Vergessen starben die Gefolterten und Verbrannten ein zweites Mal. Wir kämpfen gegen die Hoffnung, irgendwann brauche man über den Nationalsozialismus nicht mehr zu reden. Wir wissen: Der Hitler-Faschismus ist von der deutschen Gegenwart nicht zu lösen. Die letzten Monate haben uns nachdrücklich darauf hingewiesen.

Dies Bewußtsein darf uns aber ebensowenig dazu verführen, das Aufblühen des Rechtsextremismus zu dämonisieren. Einen größeren Gefallen könnten wir den Terroristen nicht tun. Wir haben es mit einem Problem zu tun, das in Deutschland spezieller Behandlung bedarf. Aber keineswegs mit einem speziell deutschen Problem. Ich behaupte sogar: Die Basis für rechte Ideologien und rechte Gewalt ist in Deutschland heute schmaler als in vielen unserer europäischen Nachbarländer. Lassen Sie mich das so sagen: Der Rechtsextremismus in Deutschland ist eine ganz normale Entwicklung in einem Land, in dem eine solche Entwicklung nicht normal sein darf.

Wir erleben heute in der ganzen Welt, wie Egoismus und Chauvinismus wuchern und aggressive Formen annehmen. Wir beobachten, wie in den reichen Industriestaaten die Armut eines großen Teils der Bevölkerung wächst. Wir sehen zu, wie - mit unserem Zutun - die Unterschiede zwischen armen und reichen Ländern erschreckende Größenordnungen annehmen. Und wir werden Zeugen, wie sich darauf Verfolgung, Unterdrückung und Kriege entwickeln. Dies sind keine nationalen Probleme.

Es liegt in der Hand der Industrienationen, diesen Prozeß zu stoppen. Wenn sie nicht endlich beginnen, den Ländern Osteuropas und der Dritten Welt reale Entwicklungschancen zuzugestehen, werden Kriege und Aggressionen weiter zunehmen. Wenn sie nicht Vorbilder setzen in der eigenen Sozialpolitik, in der Stärkung von Minderheiten und der Wahrung der Menschenrechte, werden Diktatoren und Tyrannen weiter leichtes Spiel haben.

Ich habe versucht, Ihnen Stoff zur Beurteilung der Situation in Deutschland zu liefern. Ich kann Ihnen keine beruhigenden Antworten geben. Die Wirklichkeit ist nicht so, wie ich sie mir wünsche. Aber sie ist auch nicht so schwarz, wie manche sie malen. Und sie hat immer zwei Seiten. Es ist leider wahr, daß nach einer Meinungsumfrage 40 Prozent der Deutschen sich nicht vorstellen können, daß ein Jude Bundespräsident in Deutschland wird. Dies sind vor allem die Alten, die noch unter Hitler erzo-gen wurden. Aber wahr ist auch, daß von den jungen Leuten unter 30 drei Viertel kein Problem mit einem jüdischen Präsidenten hätten.

In dieser Tendenz gründet mein Optimismus. Deutschland verändert sich. Die letzten Monate haben gezeigt, daß Gewalt und Rassismus in der deutschen Jugend keine Basis mehr haben. Wir haben es selbst in der Hand, diese Seite der deutschen Wirklichkeit zu stärken. Und ich sage Ihnen - dankbar. Natürlich auch für Kritik. Ich denke allerdings nicht, daß ein Boykott Deutschlands, wie er bei Ihnen diskutiert wurde, hilfreich wäre. Ich würde das Gegenteil begrüßen.

Wenn zwischen Israel und Deutschland in so unglaublich kurzer Zeit nach Auschwitz wieder Freundschaft entstanden ist, dann war das nur möglich, weil unser Land mit keinem anderen Staat so intensive Kontakte pflegt wie mit Israel. Die persönlichen Kontakte waren es, die Angst und Haß überwunden haben. Anonymität fäßt nur Feindschaft und Vorurteile gedeihen.

Ich bitte Sie: Lassen Sie uns keine neue Trennung aufbauen. Ich lade Sie ein: Kommen Sie nach Deutschland. Gerade wenn Sie auch Sorgen machen. Besuchen Sie uns in Niedersachsen. Machen Sie sich selbst ein Bild, wie wir das Ansehen Ihrer Vorfahren ehren und das Erbe unserer eigenen Väter zu überwinden suchen. Und lassen sie uns dann auch darüber diskutieren, was wir - Deutsche und Israelis - gemeinsam gegen Haß, Unterdrückung und Gewalt in der Welt tun können.

(-/30. März 1993/rs/ks/fr)
